

Bundestagswahl 2017: Der VDI fragt, die Parteien antworten

Teil 3: Bildung und Digitalisierung

Fragen des VDI:

1. Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung an den Hochschulen sind zentrale Elemente im deutschen Wissenschafts- und Innovationssystem. Hier wird unter Einbeziehung des wissenschaftlichen Nachwuchses die Grundlage für Innovationen gelegt. Wie stehen Sie zu einer weiteren Lockerung des Kooperationsverbots, um eine noch breitere Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Hochschulen über Vorhaben hinaus zu ermöglichen? Sollte der Bund die Hochschulen auch bei ihrer Grundfinanzierung unterstützen?
2. Technische Allgemeinbildung findet in den Schulen praktisch nicht statt. Viele Jugendliche verfügen daher über ein tradiertes oder rudimentäres Technikbild, das eine Orientierung und die Dialogfähigkeit in der heutigen Welt erschwert. Wie bewerten Sie die Idee einer länderübergreifenden Strategie aller bildungspolitischen Akteure, um diesem Problem entgegenzuwirken?
3. Wie stehen Sie zu Überlegungen des Bundes, zukünftig auch in der Bildungspolitik noch mehr Verantwortung zu übernehmen wie z. B. bei der technischen Ausstattung aller Schultypen mit Breitband, W-LAN und Geräten? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang Überlegungen zur Gründung einer vom Bund koordinierten digitalen Bildungs- und Qualifizierungsinitiative?

Antworten CDU/CSU

The logo for the CDU/CSU coalition, featuring the letters 'CDU' in red and 'CSU' in blue, with a blue diamond symbol to the right.

1. Gemäß den Vorgaben unserer Verfassung fällt die verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Hochschulen in die Zuständigkeit der Bundesländer, die dafür nicht zuletzt beim BAföG vom Bund vollständig entlastet wurden. Für eine aufgabengerechte Finanzverteilung auf Bund, Länder und Gemeinden ist die entsprechende Verteilung der Steuermittel ausschlaggebend, deren Neugestaltung ab 2020 gerade erst zwischen Bund und Ländern beschlossen wurde. Die Länder profitieren dabei von Entlastungen in Höhe von 9,7 Milliarden Euro jährlich.

Abgesehen davon engagiert sich der Bund u. a. mit der Exzellenzstrategie, dem Programm Innovative Hochschulen und dem Tenure-Track-Programm auch in Zukunft in erheblichem Umfang an der Förderung unseres Wissenschaftssystems in der Spitze und in der Breite. CDU und CSU streben zudem eine Nachfolgereinbarung für den

Hochschulpakt an, allerdings unter der Prämisse: „Qualität geht vor Quantität“. Des Weiteren wollen wir die DFG-Programmpauschale auf 40 Prozent erhöhen, sofern sich die Länder zu gleichen Anteilen an der Finanzierung beteiligen.

2. CDU und CSU unterstützen Initiativen wie die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“, die sich seit 2006 für eine bessere MINT-Bildung bereits im Kindergarten- und Grundschulalter engagiert. Es ist ein Erfolg, dass fast überall in Deutschland pädagogische Fach- und Lehrkräfte aus Kitas, Horten und Grundschulen das Fortbildungsangebot bei einem der lokalen Netzwerkpartner wahrnehmen. Daran anschließend gilt es, das in der frühen Kindheit geweckte Interesse an den MINT-Fächern im weiteren Verlauf der Bildungsbiographie wach zu halten, bspw. durch einen attraktiven und von Fachlehrern erteilten Unterricht. Sofern die Länder selbst eine länderübergreifende Strategie aller bildungspolitischen Akteure begrüßen, kann eine solche sicherlich geeignet sein, die technische Allgemeinbildung weiter zu verbessern. Eine entsprechende Initiative von Seiten der Bundesländer oder der Kultusministerkonferenz wollen CDU und CSU positiv begleiten.
3. Schulbildung ist nach der Ordnung des Grundgesetzes Ländersache und wird es bleiben. Dennoch gibt es eine gesamtstaatliche Verantwortung, der wir uns stellen: Daher hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen Digitalpakt Schule des Bundes mit den Ländern vorgeschlagen. Über einen Zeitraum von fünf Jahren sollen die rund 40.000 Grundschulen, weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen in Deutschland mit digitaler Ausstattung versorgt werden. Ferner hat die Kultusministerkonferenz eine Strategie zur digitalen Bildung verabschiedet, während das BMBF die „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“ erarbeitete. In den kommenden Jahren müssen beide Vorhaben in den jeweiligen Verantwortungsbereichen konsequent umgesetzt werden.

CDU und CSU unterstützen die „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“, da sie ein wichtiges Signal für die Zukunft der deutschen Bildungslandschaft ist. Bund und Länder sollen konstruktiv zusammenarbeiten, um gemeinsam substanzielle Fortschritte bei der digitalen Bildung in Deutschland zu erreichen. Wichtig ist uns insbesondere die digitale Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer. Daher wollen wir die Qualitätsoffensive Lehrerbildung zu einer „Qualitätsoffensive Lehrerbildung Digital“ mit besonderem Fokus auf Digitalthemen weiterentwickeln.

Antworten SPD



1. Wir wollen Universitäten und Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken und der außeruniversitären Forschung eine verlässliche Perspektive geben. Die befristeten Mittel der Wissenschafts- und Hochschulpakete wollen

wir deshalb auch nach 2019/20 erhalten und in eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung überführen. Der Bund soll die neuen Möglichkeiten im Grundgesetz nutzen und in diesem Sinne gemeinsam mit den Ländern und der Wissenschaft die Grundfinanzierung der Hochschulen verbessern. Wir wollen somit durch den Bund die Grundfinanzierung der Hochschulen unterstützen.

2. Die SPD wird die MINT-Bildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) entlang der gesamten Bildungskette stärken und insbesondere Frauen für eine Ausbildung oder ein Studium in diesen Feldern gewinnen.
Die SPD steht geschlossen für mehr Kompetenzen des Bund, damit er mit den Ländern Schulen modernisieren und Chancengleichheit für alle gewährleisten kann. Alle Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der SPD stellen sich hinter die Forderung von Martin Schulz. Auch um die MINT-Bildung zu stärken, werden wir mit einer nationalen Bildungsallianz den Flickenteppich in der Bildungspolitik beenden. Überall wo es sinnvoll ist, soll der Bund helfen können, Bildung besser zu machen. Ohne Kooperationsverbot, mit zusätzlichen Investitionen. Alleine der Bund wird bis 2021 stolze 12 Mrd. € für bessere Schulen bereitstellen. Wir vereinbaren gemeinsame Bildungsstandards, damit Leistungen vergleichbarer werden und ein Wohnortwechsel Familien nicht ins Chaos stürzt.
Immer noch ist unser Schulsystem in Deutschland nicht durchlässig genug. Immer noch bestimmt die Bildung der Eltern den Bildungserfolg der Kinder. Wir wollen, dass der Erfolg unserer Schülerinnen und Schüler ihrem Talent und ihrem Potential entspricht – und nicht ihrer Herkunft! Deshalb sorgen wir für Chancengleichheit und mehr Zeit für Bildung: 1 Millionen zusätzliche Plätze in Ganztagsgrundschulen, jedes Kind, das will, bekommt einen Platz; ein Modernisierungsprogramm für schöne Schulen und modernste digitale Ausstattung; gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.
3. Siehe auch Antwort 2
Die SPD ist die treibende Kraft, dass der Bund endlich mehr Verantwortung in der Bildungspolitik übernimmt und insbesondere auch eine Digitalisierungsoffensive für die Schulen initiiert. Egal wo gelernt wird: Schulen müssen aus unserer Sicht strahlen – die Gebäude, aber auch ihre Ausstattung. Wir wollen deshalb mit einem Schulmodernisierungsprogramm des Bundes für gut ausgerüstete Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und moderne Ausstattung, auch mit digitaler Technik sorgen. Auch die Ausstattung der Berufsschulen ist im Rahmen eines Berufsschulpakts zu verbessern. Kompetenzen im Umgang, Einsatz, Gestaltung und in der Nutzung digitaler Medien und Technik sind wichtig. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Ländern neue Bildungsstandards für alle Bildungsbereiche und Schulstufen entwickeln. Schülerinnen und Schüler sollen digitale Kompetenzen fächerübergreifend erwerben.
Auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte wollen wir entsprechend weiterentwickeln, denn Lehrerinnen und Lehrer müssen sich immer wieder auf neue Herausforderungen einstellen – auf die kulturelle Vielfalt und die Vielfalt von Lebensmodellen an ihrer Schule, auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, auf ganztägigen Unterricht oder auf neue Entwicklungen in der digitalen Bildung. Die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern werden wir deshalb fortsetzen und weiterentwickeln.



Antworten FDP

1. Wir Freie Demokraten wollen die Ausgaben für Bildung so erhöhen, dass – gemessen am Staatshaushalt – Deutschland zu den führenden fünf Ländern der 35 Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zählt. Die umfassende Modernisierung des Bildungssystems würde Länder und Kommunen allein überfordern. Die Finanzierung muss daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden. Wir setzen uns für eine Absicherung des finanziellen Grundbedarfs der Hochschulen ein, die den Wettbewerb um Studierende anregt. Bildungsgutscheine machen die staatliche Berechnung der Ausbildungskapazität sowie die staatliche Festsetzung von Zulassungszahlen überflüssig. Wenn die Hochschulen für jeden aufgenommenen Studierenden einen Betrag in einer Höhe erhalten, die den Kosten des Studiengangs gerecht wird, dann werden sie so viele Studierende aufnehmen, wie es ihre Kapazitäten erlauben und diese im Erfolgsfall auch ausbauen. Ausreichende Bewerberzahlen, um geeignete Studierende auszuwählen, werden sie nur erreichen, wenn die Qualität des Studienangebots gut ist. Nur bei richtiger Abwägung zwischen Quantität und Qualität wird der Erfolg einer Hochschule nachhaltig sein. Die Qualität des Studiums sollte nicht von der Finanzkraft des Sitzlandes der Hochschule abhängig sein. Um für gute Studienbedingungen zu sorgen, wollen wir einen bundesweiten Fonds errichten. In diesen Fonds zahlt jedes Land nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel ein. Das heißt, der Beitrag eines Landes errechnet sich anteilig aus dem Steueraufkommen und der Bevölkerungszahl. Für jeden eingeschriebenen Studierenden erhält die Hochschule einen Beitrag aus dem Fonds. Das Geld folgt also den Studierenden. So erreichen wir einen fairen Qualitätswettbewerb um Studierende in ganz Deutschland.
2. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Kinder schon in jungen Jahren für technische und mathematische Fächer zu begeistern. In Deutschland haben wir jetzt schon einen Fachkräftemangel, den der demografische Wandel noch verstärken wird. Der Ingenieursnation Deutschland droht der Nachwuchs an Tüftlern und Erfindern auszugehen. Für eine spätere Berufswahl sind ein frühes Interesse und eine anschauliche Erklärung ausschlaggebend. Für die Schulen ist eine sehr gute fachliche Ausbildung der Lehrkräfte sowie Unterricht in den verschiedenen naturwissenschaftlichen Fächern durch Fachpersonal wichtig. Die Kooperation mit außerschulischen Partnern wollen wir ausdrücklich fördern und unterstützen. Länderübergreifende Strategien können unterstützend wirken.
3. Wir Freie Demokraten wollen in den nächsten fünf Jahren pro Schüler zusätzlich insgesamt 1.000 Euro für Technik und Modernisierung investieren. Neue Technologien und Methoden bieten Raum für Kreativität und Neugier und werden immer wichtiger für spätere Berufe. Um diese Chancen zu nutzen, brauchen Kinder Anleitung in Schulen mit entsprechender Ausstattung. Die technische Aufrüstung unserer Schulen erfordert eine finanzielle Kraftanstrengung. Deshalb streben wir Freie Demokraten einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern an, der den Ausbau der digitalen Infrastruktur regelt. Dafür sollen Anreize für die kommunalen Träger der Schulen geschaffen werden, um durch den Ausbau digitaler Infrastrukturen die Integration der digitalen Bildung voranzutreiben. Die Länder werden dafür in die Pflicht genommen, die

digitale Bildung als festen Bestandteil in der Lehreraus- und Weiterbildung zu verankern und die Lehrerinnen und Lehrer fit zu machen im Umgang mit und beim Einsatz neuer digitaler Medien.



Antworten Bündnis 90/Die Grünen

1. Wir wollen eine weitere Öffnung des Kooperationsverbotes, vor allem im Bereich der Bildung. Im Wissenschaftsbereich gibt es seit 2015 eine gewisse Öffnung: Leider haben Union und SPD die zwar eingeführt, aber nicht genutzt, um die notwendige Stärkung der Hochschulfinanzierung zu beginnen. Ein innovatives Land braucht starke Hochschulen. Wissenschaft braucht neugierige Menschen und diese brauchen ausreichend Räume und eine gute Ausstattung, also eine moderne Infrastruktur des Wissens. Dafür haben wir ein fünfjähriges Modernisierungsprogramm entwickelt, um den Sanierungsstau aufzulösen. Wir wollen jährlich zwei Milliarden Euro von Bundesseite einsetzen für mehr studentischen Wohnraum, den Ausbau von Laboren und Bibliotheken, aber auch für digitale Infrastruktur. Damit und mit einem aufgestockten und verstetigten Hochschulpakt wollen wir die Hochschulen wieder auf die Höhe der Zeit bringen und ihre Grundfinanzierung verbessern, damit vielfältige, unabhängige und exzellente Forschung und Lehre möglich sind.
2. Wir setzen in diesem Zusammenhang auf die Einrichtung von mehr Ganztagschulplätzen. Dort können alle Schülerinnen und Schüler ihre Begabungen und Interessen in Kunst, Kultur und Sport, aber auch Handwerk, Technik oder Gartenbau, gut entwickeln. Deswegen wollen wir, dass das Kooperationsverbot in der Bildung endlich fällt und wir mit einem neuen Ganztagschulprogramm von vier Milliarden Euro Auf- und Ausbau von Gesamt- beziehungsweise Gemeinschaftsschulen unterstützen können. Eine länderübergreifende Strategie, wie dieses Anliegen quer zu Schulfächern und Altersstufen gestärkt werden kann, kann sich die Kultusministerkonferenz dann gut zum Ziel setzen. Bundesinitiativen wie das „Haus der kleinen Forscher“ für Kinder im Vorschulalter bilden dabei Grundlagen, an die die Schulen anknüpfen können.
3. Wir halten einen Einsatz des Bundes bei der Digitalisierung der Schulen für sinnvoll. Derzeit ist unklar, ob im Bundeshaushalt für 2018 die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden und die von Ministerin Wanka gemachten Zusagen gehalten werden können. Die Kulturtechniken der Digitalisierung – vom Programmieren bis zum kritischen Umgang mit digitalen Geräten und Prozessen – sollen allen Schülerinnen und Schülern vermittelt werden. Didaktische Konzepte und Modellerfahrungen dazu liegen bereits vor oder werden im Rahmen verschiedener Programme derzeit erarbeitet. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die KMK-Strategie zur Bildung in der digitalen Welt umgesetzt wird. Auch im Bereich der Weiterbildung wollen wir dafür sorgen, dass unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft digitale Kompetenzen zum Teil der Allgemeinbildung werden.

Antworten Die Linke **DIE LINKE.**

1. Wir sprechen uns für eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots aus, weil es ein Hindernis für gleiche und vergleichbare Bedingungen beim Lernen und Lehren ist. Dem Bund wird durch das Kooperationsverbot untersagt, die Länder bei der Finanzierung des Bildungssystems zu unterstützen. Lediglich bei der Hochschulfinanzierung darf sich der Bund seit 2015 wieder beteiligen. Dies ist aus unserer Sicht der völlig falsche Ansatz, um gute Bildung und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder, Jugendlichen und junge Erwachsenen zu erreichen. Aus diesem Grund treten wir für eine Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung der Hochschulen ein. Den Hochschulpakt 2020 wollen wir als Teil der Grundfinanzierung der Hochschulen auf dem Niveau des Jahres 2017, in dem die Zahlungen des Bundes ihren Höhepunkt erreichen, einfrieren und verstetigen. In den Folgejahren ist eine jährliche Steigerung von drei Prozent vorzusehen, um die Preissteigerung auszugleichen. Zudem wollen wir ein langfristig angelegtes Programm zur Reduzierung der Betreuungsquote von Studierenden pro wissenschaftlichen Beschäftigten (Vollzeitäquivalent) auf 13 zu eins, wie es bereits in den 1980er Jahren bestand.
2. Technisches, naturwissenschaftliches und mathematisches Wissen sowie Kenntnisse in der Informatik sind aus Sicht der LINKEN zentrale Bestandteile von Allgemeinbildung. Das braucht man heute, um sich in dieser Welt zurechtzufinden und es ist auch wichtig, um neue technische und wissenschaftliche Erkenntnisse kritisch hinterfragen zu können. Die Idee einer länderübergreifenden Strategie aller bildungspolitischen Akteure halten wir für sinnvoll, damit diesbezüglich Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern hergestellt werden kann. Damit der Bund sich finanziell beteiligen kann, wollen wir das Kooperationsverbot auch für den Bereich „Schule“ abschaffen und eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankern.
3. Wir wollen, dass der Bund sich stärker an der Bildungsfinanzierung beteiligt, als es derzeit der Fall ist. Dazu muss eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankert werden – auch um digitale Bildung flächendeckend und von hoher Qualität an allen Schulen implementieren zu können. Diesbezüglich hat Deutschland im internationalen Vergleich den Anschluss verpasst. Die IT-Infrastruktur aller Schulen inklusive der Berufsschulen (und Hochschulen) muss mit schnellen und leistungsfähigen Breitbandanschlüssen, WLAN für alle und einer zeitgemäßen Hard- und Software-Ausstattung ausgebaut werden. Das bedeutet aber auch, dass die IT-Infrastruktur an Schulen durch Fachpersonal betreut werden muss. Entsprechende Planstellen sollen kurz- und mittelfristig geschaffen werden. Wir wollen, dass jedes Kind ein mobiles Endgerät als Teil der Bildungsausstattung zur Verfügung hat und frühzeitig und regelmäßig mit den Prinzipien der digitalen Technologien (etwa Funktionsweise von Speichern, Sensoren, Programmierkenntnissen) vertraut gemacht wird. Deshalb brauchen Schulen kostenlose Leihgeräte für alle, die sich selbst keines leisten können.